

Herforder Zeitung

Bezugspreis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Reinholdstr. 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 63 und 161
Postfachkonto Nr. 5796
Scheidt-Hammes

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1. post. 1. Zeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Werbung die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 254

Herford, Donnerstag, den 28. Oktober 1920

38. Jahrgang.

Reichshaushalt 1920.

Nach dem nunmehr vorliegenden Haushaltsplan 1920 sind Einnahme und Ausgabe auf 92,5 Milliarden festgestellt, davon 39,9 Milliarden im ordentlichen und 52,6 Milliarden im außerordentlichen Haushalt. An Anleiheausgaben sind erforderlich 52,6 Milliarden. Unter Berücksichtigung der auf den neuen Anleihebedarf bereits erteilten Kreditemäßigungen bedarf es noch einer Anleihe in Höhe von 32,8 Milliarden. Die Verzinsung der Reichsschuld erfordert insgesamt 11,7 Milliarden.

Nach Maßgabe des Anteils der einzelnen Verwaltungen an dem Ausgabebedarf des ordentlichen Haushalts steht weitestens an erster Stelle der Haushalt der Reichsschuld mit 12,693 Mill. (in der Hauptfache Verzinsung der Reichsschuld). Nach der Höhe der Ausgabe summe folgt der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung mit 10,569 Mill., davon 9,405 Mill. Steuerüberweisungen an die Länder und Gemeinden (8000 Mill. Einkommensteuern-Überweisung), sodann der Haushalt des Allgemeinen Pensionsfonds mit 3968 Mill., davon 3726 Mill. Versorgungsgebühren usw. infolge des Krieges von 1914/18. Der Haushalt des Reichswehrministeriums mit 3025 Mill., davon Geldabfindung der Truppen 1125 Mill., Verpflegung 554 Mill., Bekleidung und Ausrüstung 225 Mill., Unterbringung, Service 346 Mill. Es sind dann weiter in der Hauptfache zu nennen der Haushalt des Reichsfinanzministeriums mit 1222 Mill. (die Landesfinanzämter nebst nachgeordneten Behörden erfordern 1244 Mill. und zwar Gehälter 582, Steuerungsgebühren 291, Hilfsleistungen und Beihilfen usw. 65, Geschäftsbedürfnisse, Vordrucke, Anzugsgebühren, Stempel und Steuerzeichen, Postgebühren usw. rund 344 Mill.), das Reichsministerium des Innern mit 1433 Mill., davon für Zwecke polizeilichen Schutzes 1250 Mill. (bereits bewilligt 440 Mill.), das Reichswirtschaftsministerium mit 41 Mill., das Reichsarbeitsministerium mit 1600 Mill. (davon Kosten für die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge 500 Mill., bereits bewilligt 112 Mill., Wochenhilfe und Wochenfürsorge 121 Mill., Einrichtungen für die Versorgung ehemaliger Heeres- und Marineangehöriger 828 Mill., darunter z. B. für Hilfsleistungen für nichtbeamtete Kräfte 370 Mill., für Geschäftsbedürfnisse, Mieten, Verpflegung usw. 185 Mill.). Des weiteren sind zu nennen: Das Reichsjustizministerium mit 199 Mill., woran die Reichsvermögensämter mit 128 Mill. beteiligt sind, das Reichsverkehrsministerium mit 39 Mill., das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit 14 Mill., das Reichsministerium für Wiederaufbau mit 95 Mill., darunter die Ausgaben des Reichsausgleichsamtes 37 Mill. (Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Hilfskräfte 25 Mill.).

Die ordentlichen Einnahmen erscheinen in der Hauptfache im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung und zwar zunächst aus direkten Steuern und Verkehrssteuern 27 820 Mill. (unter den fortwährenden Steuern die Einkommensteuer mit 12 000 Mill., d. i. 5000 Mill. mehr als nach der Ertragsberechnung im Entwurf des Einkommensteuergesetzes unter Zugrundelegung einer durchschnittlichen Belastung von 12 bis 15 Prozent, aus der Körperschaftsteuer 900 Mill., aus der Kapitalertragssteuer 1300 Millionen, aus dem Reichsnotopfer 3500 Millionen, aus der Erbschaftsteuer 620 Mill., aus der Umsatzsteuer 3650 Mill., aus der Grunderwerbsteuer 220 Mill., aus dem Personen- und Güterverkehr 630 Mill., aus Reichsstempelabgaben 410 Mill. Unter den einmaligen Steuern ist die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs mit 4500 Mill. eingelegt. Zu den 27 820 Mill. aus den direkten Steuern und den Verkehrssteuern treten hinzu aus Zöllen und Verbrauchssteuern 9147 Mill. (darunter Zölle 2500), Rohlensteuer 4500, Tabakssteuer 1000 Mill.), Ausfuhrabgaben 700 Mill. (um 500 Mill. herabgesetzt unter Berücksichtigung des Beschlusses des Reichstagsausschusses für Volkswirtschaft, die Ausfuhrabgaben für solche Ausfuhrwaren, deren Abgang im Auslande stößt, vorübergehend nicht zu veranlassen), weiter aus dem Bankwesen 1450 Mill. (Reingewinn der Reichsbank 350 Mill., Ueberfluß der Darlehnskassen 1100 Mill.). Die Einnahmen der sämtlichen übrigen Haushalte belaufen sich auf 709 Mill., in der Hauptfache Gebühren bei den gesandtschaftlichen Behörden 100 Mill., Ausfuhrabgaben von Rohlen, Salz und Holz 393 Mill., aus Veräufen der Heeresverwaltung 55 Mill., Beitrag der Postverwaltung zur Verzinsung der Reichsschuld 16 Mill., Zinsen für Darlehen des Reichs an industrielle Unternehmungen (Elektrowerke u. s. w.) 5 Mill.

Die einmaligen Ausgaben betragen insgesamt 4548 Mill. Hauptächlich sind hier zu nennen beim Ministerium des Innern 505 Mill. (darunter Durchführung der Reichstagswahl 36 Mill., Ausfuhrgegenstände für die Technische Nothilfe 25 Mill., für die durch innere Unruhen ver-

Das Neueste vom Tage.

Zu den verschiedentlich erfolgten Uebertritten deutscher Soldaten nach Litauen, teilt die litauische Regierung mit, daß sie denselben völlig fernstehe.

Der schon lange geplante Luftpostdienst Frankfurt-Basel kann nicht aufgenommen werden, da die Franzosen bisher jede Flugzeuglandung verbieten.

Professor Hartmann, der österreichische Gesandte in Berlin, hat sein Rücktrittsgesuch eingereicht.

Secolo weiß zu berichten, daß Senator Trassatti, der Direktor der Stampa als italienischer Botschafter nach Berlin geht.

Der Beschluß der englischen Regierung, auf Repressalien Deutschland gegenüber zu verzichten, hat in Frankreich sehr verstimmt. — Auch hier zeigt sich der Unterschied in den Anschauungen beider Länder.

Bisher liegt noch keine Nachricht von einem Verzicht der Entente auf die Zerstörung der Dieselmotoren vor.

Die belgische Regierung sieht sich wegen Meinungsverschiedenheiten ihrer Mitglieder genötigt, ihren Rücktritt einzureichen.

Bei den italienischen Gemeindevahlen wurden 3190 Mitglieder der staatsfeindlichen Parteien und 1370 Sozialisten gewählt.

Der Papst empfing Kardinal Frühwirth und Erzbischof Dr. Schulte aus Köln.

Odeffa wurde von den bolschewistischen Truppen geräumt.

ursachten Schäden 400 Mill.), im Heerwesen 153 Mill. (im Reichsfinanzministerium 525 Mill., Dienstgebäude 200 Mill., Entschädigungen an die Länder für übernommene Gebäude und Mobilien 200 Mill.), im Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft 3000 Mill. zur Verbilligung von Lebensmitteln, durch Gesetz vom 8. Mai d. J. bereitgestellt.

Im außerordentlichen Haushalt sind an den Einnahmen hauptsächlich beteiligt das Reichswirtschaftsministerium mit 347 Mill. (davon 336 Mill. aus der Erhöhung des Rohlenpreises zur Verbilligung von Lebensmitteln für Ueberflüssigen verfahrenen Bergarbeiter zu verwenden), das Reichswirtschaftsministerium mit 872 Mill. (aus der Verwertung von Heeres- und Marinegut 700 Mill., Mieten usw. aus Truppenübungsplätzen 172 Mill.), Tilgung der Reichsschuld mit 289 Mill. (Gewinnauflösungen aus Anlaß der Sparprämienanleihe 116 Mill., Ueberfluß aus den Münzleihen 45 Mill.), aus der Annahme von Kriegsanleihe bei Entrichtung von Steuern 750 Mill., die Anleihe 50 292 Mill. Unter den Ausgaben des außerordentlichen Haushalts sind insbesondere zu nennen: Reichsarbeitsministerium mit 2289 Mill. Reichsdarlehen zur Schaffung neuer Wohnungen 925 Mill., unterstützende und produktive Erwerbsloosfürsorge 550 Mill., Verbilligung von Lebensmitteln für Bergarbeiter 336 Mill., Vorschüsse zur Errichtung von Bergmannswohnungen 300 Mill.), für das Heerwesen 1666 Mill. darunter 1291 Mill. Unterhaltskosten, Reichsfinanzministerium mit 445 Mill. (250 Mill. zur Durchführung des Gesetzes betr. Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft), Kanalisierung usw. des Nedars, Großschiffahrtsstraße Aschaffenburg-Bamberg 100 Mill., Entlastung an die Reichsgeldstelle für Verluste aus den Kosten der Frühdruckprämie 1918 mit 123 Mill., Reichszuschuß zu den Auslands-Postfahrgeldern der Reichs-Postanstalt im Jahre 1919 mit 58 Mill., Reichsschuld 1067 Mill. (750 Mill. zur Uebernahme von Kriegsanleihen bei Entrichtung von Steuern), Reichsministerium für Wiederaufbau mit 906 Mill. (Ueberflusszuschüsse zu Handelschiffneubauten 770 Mill., zu Fischdampferneubauten 136 Mill., zur Abwicklung der Angelegenheiten der alten Wehrmacht 3955 Mill., zur Ausführung des Friedensvertrages 41 440 Mill.), Befähigungstruppen in den Rheinlanden 15 505 Mill., Ausführung des Friedensvertrages 25 000 Mill., bereits bewilligt 10 000 Mill. (Lieferungen von Rohlen, Farben, Maschinen, Schiffen, Zahlungen an Preußen für Saarkohlen und Eisenbahnmateriale usw.).

Ende des engl. Bergarbeiterstreiks.

Arbeitsbeginn 1. November.

L.L. London, 28. Oktober.

Eigener Drahtbericht.

Die Verhandlungen zwischen dem Exekutivkomitee der Bergarbeiter und der Regierung haben zu einem vollen Erfolg geführt. Der Streik ist beigelegt. Die Bergleute haben sich bereit erklärt, am 1. November die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Regierung gewährt eine sofortige Lohnerhöhung um zwei Schilling. Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter erklärte, die Verantwortung für die Steigerung der Kohlenförderung übernehmen zu wollen.

Diese Nachricht ist auch für Deutschland sehr bedeutungsvoll. Denn jede Störung im Wirtschaftsleben irgend eines Volkes bedeutet heute eine Schädigung der gesamten Kulturwelt. Wenn also die englischen Bergleute die Arbeit wieder aufnehmen, so wird davon nicht nur das Wirtschaftsleben des eigenen Landes Gewinn haben. Sehr bedeutsam ist an der Meldung der Umstand, daß mit der Lohnerhöhung eine Verpflichtung zur Steigerung der Produktion verbunden ist, der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat sich für Einlösung dieser Verpflichtung ausdrücklich eingesetzt. Damit haben die englischen Bergarbeiter bewiesen, daß sie den Kernpunkt des ganzen Produktionsprozesses klar erfasst haben, nämlich die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung.

Die Sozialisierungsfrage.

Ein Verständigungsausschuß.

L.L. Berlin, 28. Okt. (Eig. Drahtb.) In der gestrigen Sitzung des gemeinsamen Unterausschusses des Reichswirtschafts- und des Reichslohnrats wurde die Beratung der Sozialisierungsfrage fortgesetzt. Der Vorsitzende Eder von Braun führte aus, er habe den Eindruck, daß die Reihe der gemeinsamen Gesichtspunkte bereits gefunden sei. Die Arbeitnehmer hätten betont, daß die bisherigen Vorschläge der Arbeitgeber das brennende Sehnen der Arbeiter nicht erfüllen. Dieses Streben könne aber nur zu einem Teil erfüllt werden, soweit es die Wirtschaftlichkeit des Betriebes und der Volkswirtschaft zulassen. Er empfiehlt, es einmal zu prüfen, was bei einem Ausbau des Bestehenden zu belassen und was abzuändern sei, dann würden sich die Gegensätze rascher lösen. Herr Paul Müller, Angestelltenvertreter der Schifffahrt, schlägt vor, daß Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen in gesonderten Kommissionen zusammentreten, um praktische Vorschläge zu finden und diese dann erst in der gemeinsamen Sitzung des Unterausschusses zu prüfen. Er hofft, daß hier ein Mittelweg gefunden werde. Herr Umbreit (Arbeitnehmer) hält an den Forderungen der Arbeitnehmer fest. Herr Generaldirektor Silberberg bedauert die gestrigen Ausführungen des Herrn Werner und bittet dafür zu sorgen, daß bei den Verhandlungen auch von Seiten der Arbeitnehmer die wirtschaftspolitische Linie innegehalten werde. Er wehrt sich energisch gegen die Resolution der Arbeitnehmervertreter, ebenso gegen den Passus des Herrn Stinnes. Herr Paul Müller ändert seinen Antrag dahin ab, daß an die Stelle der getrennten Kommissionen eine gemischte Kommission treten soll. Es folgte eine längere Debatte, in deren Verlauf beschlossen wird, einen Verständigungsausschuß, bestehend aus sieben Personen, zu bilden, von denen je drei den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu entnehmen sind, während der siebente ein Vertreter der Abteilung 3 des Reichswirtschaftsrats sein solle. Es werden darauf von Seiten der Arbeitgeber die Herren Stinnes, Silberberg und Generaldirektor Böglers bestimmt, von Seiten der Arbeitnehmer die Herren Wagner, Werner und Imbusch und als Vertreter der Abteilung 3 Dr. Berthold. Daauf verlagte sich der Ausschuß.

Streik der Kanalschiffer.

tu. Duisburg, 28. Okt. (Eig. Drahtb.) Die Kanalschiffer des Rheins, des Herne-Kanals und des Dortmund-Ems-Kanals sind gestern in den Ausstand getreten, nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitgebern gescheitert sind.

Reichstag.

Eine Rede des Reichskanzlers — Deutschlands Finanznot.

10. Berlin, 27. Okt.

Am Ministertisch Simons, Giesberts, Gehler, der Reichskanzler, Wirths, Braun.

Die Besprechung der Interpellation betreffend die Entwaffnung der Bevölkerung, sowie der Interpellation betreffend die Verdrückung der Dieselmotoren werden mit der Etatsberatung verbunden.

Bei der Etatsberatung wirft

Reichskanzler Fehrenbach

einen Rückblick auf die Lage von Spa. Wir sind militärisch ohnmächtig, wirtschaftlich am Ende unserer Kraft. Verstöße gegen Vertreter fremder Staaten sind leider nicht ausgeblieben; wir müssen sie schwer büßen. Im russisch-polnischen Krieg sind wir neutral geblieben trotz vielfacher Bemühungen, uns mit hineinzuziehen. Der gute Geist unseres Volkes wird sich auch stark genug erweisen, den Lockungen von russischer Seite zu widerstehen. Was die Forderung anbelangt, gegen die polnischen Gewalttaten mit Gewalt vorzugehen,

so liegen wir an einer Kette;

lockern wir sie im Osten, so wird sie im Westen um so stärker angezogen und dann um so schwerer drücken. Wie schwer uns auch das Problem der Abrüstung drückt, wir werden uns fügen müssen. Jedenfalls soll die Abrüstung nach dem Friedensvertrag nur die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung bilden.

Nedner kommt dann auf unsere wirtschaftliche Lage und beklagt unseren Kohlenmangel, während Frankreich im Ueberflusse schwelge. Er schildert die schweren Lasten der Okkupation, deren Kosten so hoch seien, daß die ganze Reparation Frankreichs damit in Frage gestellt werde. Auch über die Frage unserer Leistungen scheinen Vereinbarungen bevorzustehen, die um so verständlicher sind, als unsere Landesgrenzen noch nicht einmal feststehen.

In Oberschlesien

sind Kräfte am Werke, die Abmachungen des Friedensvertrages zu unterminieren. Unsere Landsleute aber werden fest bleiben in der Treue zu uns. Wir werden den gespannten Verhältnissen Rechnung tragen und dem Reichstage eine Vorlage zugehen lassen, die Oberschlesien bundesstaatliche Selbständigkeit gewährleistet.

Nedner erwähnt die Ernährungskrise und stellt fest, daß das gegenwärtige Kabinett daran keine Schuld trage. Die Zwangswirtschaft sei an ihrer eigenen Unverträglichkeit zusammengebrochen; die Regierung habe nicht die Macht, ihr wieder aufzuhelfen. Nedner appelliert an die Landwirtschaft, dafür zu sorgen, daß das Volk gut durch den Winter kommt. Da hätten sich weite Volksteile an der Sozialisterei beigeschrieben, obwohl die Arbeitervertreter in Rußland die Wahrheit erkannt hätten. Er

warne jedenfalls die kommunistische Partei,

die bestehenden gesetzlichen Schranken zu verletzen; die Regierung werde sich dem widersetzen; wer dagegen verstoße, stelle sich außerhalb des Bodens der Gesetze, die die Regierung zu schützen wissen werde. Für russische Agitatoren sei auf deutschem Boden kein Platz (Protest der äußersten Linken). Sparbarkeit und Arbeit sind die einzigen Deckungen, die eine pflichtbewusste Regierung heute stellen kann.

In der Sozialisierungsfrage wird die Regierung die Ergebnisse der Beratungen im Reichswirtschafts- und im Reichshausrat in einer Weise zu verwerten suchen, die den Interessen Deutschlands entspricht. Wir gedenken der Abstimmung in Rärnten, wo alle unsere Stammesbrüder für das Deutschland stimmten und getrost des Tages harren, wo uns alle wieder das gemeinsame Band umschlingt. Das Gemeingefühl habe sich überall in den deutschen Ländern sehr festgesetzt. Wir bedürfen der treuen und einsichtigen Mitarbeit aller Parteien, helfen Sie daher alles zurück, was uns trennt zum Wohle unseres Volkes.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Ich bedaure, daß unsere Lasten aus dem Kriege noch immer nicht feststehen. Wir leben daher in völliger Unsicherheit. Nicht nur unsere Finanzlage, das ganze Weltgetriebe der Finanzwirtschaft muß darunter leiden. Die Hoffnungen der ganzen Welt auf Brüssel sind gescheitert, aber es ist doch wenigstens etwas erfolgt, und zwar die internationale Aussprache. Die guten und schönen Grundzüge, die dort aufgestellt wurden, sind alle nicht geeignet, uns zu helfen. Leider sei der Friedensvertrag dort nicht besprochen worden, dessen Anpassung an Deutschlands Leistungsfähigkeit die Vorbereitung der Weltgesundung sei. Nedner bittet den Haushaltsausschuß, seine Arbeiten für den Etat 1920 zu beschleunigen, damit der neue Etat aufgestellt werden kann. Im Gesetze fehle auch noch die Besoldungsvorlage, die noch immer im Ausschusse stehe. Auch über die Frage, welche Mittel die Reichsregierung bezüglich der Lebensmittel bereit zu stellen habe, lasse sich heute noch nicht sagen. Die Entlastung unserer Finanzen von diesem Posten müsse für das kommende Jahr die Hauptforge des Reichstages sein. Nedner appelliert an die Beamtenschaft, den Bogen der Geldforderungen nicht zu überbäumen.

Unsere Aufgabe ist nicht nur, für des Tages Brot zu sorgen. Nein, auch für Kunst und Wissenschaft, soweit dies zu beschaffen, daß sie ihren Platz in der Welt behaupten können. Die zu verzinsenden Reichsschulden belaufen sich auf

262,54 Milliarden Mark.

wozu noch

25 Milliarden als Eisenbahnschuld

hinzukommen. Es dürften aber

noch 30 Milliarden aus Fehlbeträgen

bei den einzelnen Ressorts dazukommen.

Nedner bespricht den Etat 1920 im einzelnen und betont besonders den Etat des Friedensvertrages, der mit voller Absicht von dem eigentlichen Etat abgetrennt sei, damit das Volk seine Tragweite erkenne. Der Steuerertrag sei auf 30½ Milliarden einzuschätzen; weitere 9 Milliarden aus Steuern werden den Ländern zurückerstattet. Zu Lasten des Krieges seien ferner 19 Milliarden zu bezahlen für Pensionen, Ernährungszwecke und anderes. Die Einnahmen im ordentlichen Etat stellen sich auf 39,9 Milliarden und erfahren auf dem Papier eine Balanzierung. Höher als der Zinsendienst unserer Reichsschuld sind die Anforderungen der Okkupation. Die neue Steuererhebung kann auch heute noch nicht als abgeschlossen gelten. Ein

Reisebedarf von 4,5 Milliarden

ist für den ordentlichen Etat des nächsten Jahres schon heute zu übersehen. Eine Durchführung der Steuererhebung mit allen Mitteln unserer bisher an die Grenze des Möglichen getriebenen Sparbarkeit ist unmöglich. Das Reichsnotopfer abzuschießen, wird keiner wie immer gearteten Regierung möglich sein.

Der Militarismus feiert nie größere Triumphe, als wenn die Staatsautorität geschwächt ist. Dem Durcheinanderregieren auf verschiedenen Gebieten muß ein Ende gemacht werden. Besonders eine einheitliche Beratung des Grenschutzes ist nötig. Bei der

Durchführung der Steuererhebung müssen alle mithelfen. Durch die Notendrucke beschaffen Sie dem Volke aus dem Auslande kein Brot. Wir müssen zu einem systematischen Abbau des Etats kommen.

Das Abwickelungsverfahren wird bis zum 1. April 1921 beendet sein. Durch eine Novelle zum Reichsnotopfergesetz soll versucht werden, die außerordentlich hohen Gewinne, die in den letzten Monaten auf einigen Gebieten des Erwerbslebens zutage getreten sind, dienstbar zu machen. Ueber Gräber vorwärts dem Licht und der Freiheit entgegen!

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Schluß 4 Uhr.

Fehrenbachs Rede.

Die mit Spannung erwartete Rede des Reichskanzlers über die außen- und innenpolitische Lage ist gestern gehalten worden. Sie wurde nicht zu dem „Aktionsprogramm“, mit dem diese bürgerliche Regierung den Kampf gegen die Sozialdemokratie, der ihr angelegt ist, aufgenommen hätte. Die neue Kanzlerrede stellt sich dar als eine zusammenfassende Behandlung aller schwebenden Fragen des Tages, und man wird sie am besten dahin charakterisieren können, daß sie, besonders was ihren außenpolitischen Teil anlangt, mit Vorsicht und Gesicht um die strittigen Fragen herumgegangen ist.

Was die innere Politik anlangt, so haben wir festzustellen, daß der nationale Ton zu stärkerem Anklang gekommen ist als bisher, und es ist nicht zu bestreiten, daß es nur gut sein kann, wenn vor dem deutschen Volke wie vor dem Ausland zum Ausdruck gebracht wird, daß Deutschland allmählich anfangs, sich wieder auf sich selbst zu besinnen. In diesem Sinne fassen wir wenigstens die Betonung des Nationalen durch den jetzigen Reichskanzler auf, der auch mit seinem Hinweis auf die französische Politik uns gegenüber sicherlich nur einen sanften Druck in der Richtung auf eine Annäherung auseinanderstrebender Anschauungen ausüben im Auge gehabt haben wird. Leider bleibt es ja nach wie vor eine außerordentlich gefährliche Tatsache, daß man in Frankreich bisher wenigstens keine Neigung gezeigt hat, sich auf einen unbeeinflussten Verhandlungsstandpunkt mit uns zu stellen. Indem nun der deutsche Reichskanzler an der Hand z. B. der sehr günstig fortschreitenden Entwaffnungsaktion die Gegenstandslosigkeit der französischen Befürchtungen noch einmal vor aller Welt festgestellt hat, wird er dazu beigetragen haben, daß die Atmosphäre in Europa etwas gereinigt wird.

Besonders bedenklich waren die wenigen Sätze, die Herr Fehrenbach für Oberschlesien und die Sozialisierung der beiden wichtigsten Probleme, fand. Es war begreiflich, daß er sowohl hier wie dort noch nichts Endgültiges mitteilte, da die Dinge noch in Fluss sind. Was die Sozialisierungsfrage anlangt, so lag es natürlich nahe, der Sozialdemokratie keine Handhabe zur Entfesselung des Entscheidungskampfes schon in diesem Augenblick zu geben. Damit ist aber nicht gesagt, daß die Frage selbst an Schärfe verloren hat, und so kann man sagen, daß die neue Kanzlerrede zwar die inneren Gegensätze nicht verschärft hat, aber es wäre weit mehr gewesen, wenn er sie zu mildern versucht hätte.

Preussische Landesversammlung.

tu. Berlin, 27. Okt. Das parlamentarische Interesse konzentriert sich am heutigen Mittwoch auf die Reichstagsverhandlungen. Die Aussprache in der Landesversammlung betraf die Fortsetzung der Etatsberatungen beim Haushalt für Handel und Gewerbe. Es sprachen heute nur drei Redner zu diesen Punkten. Der brandenburgische Landdirektor Wiglow wünschte als Redner der Demokraten dem Handwerke einen besseren Zusammenhalt und machte Bedenken geltend hinsichtlich der geplanten Neugründung einer Reichswirtschaftsbank. Für das Zentrum sprach der Abgeordnete Effer. Zum Schluß ging der Deutschnationaler Hammer die schweren Lasten des Friedensvertrages kritisch durch, um den Beweis zu erbringen, wie gerade Handel und Gewerbe von den undurchführbaren Bedingungen einknickend würden. Schon frühzeitig schloß man die heutige Sitzung. Am morgigen Donnerstag wird eine angelegte Aussprache bevorstehen, da die zweite Lesung der Verfassung, die im Ausschusse eine erhebliche Änderung erfahren hat, auf der Tagesordnung steht.

Rundschau.

Verein „Friedrich Naumann“. In Berlin hat sich ein Verein „Friedrich Naumann“ gebildet. Den einen ausführenden Aufruf über seine Gründung erlassen hat. Dieser Aufruf hat der „National. Korrespondenz“ Anlaß gegeben, Sonderbündeleien zu veröffentlichen. Demgegenüber erklärt der Vorstand des Vereins „Friedrich Naumann“ eine Erklärung, die wie folgt lautet: „Der Verein ist seiner Satzung nach ein solcher, der sich lediglich auf Groß-Berlin erstreckt und der satzungsgemäß seinen Mitgliedern zur Pflicht macht, in die demokratischen Ortsvereine einzutreten. Schon damit entfällt die Vermutung, als ob es sich um eine Sondergründung handle. Wenn sein Gründungsauftrag sich zu einigen Augenblicksfragen geäußert hat, die die Parteifreunde allenthalben jetzt bewegen, so macht er von seinem Rechte der Meinungsäußerung Gebrauch, das allen Organisationsarten der Partei zusteht. Eine Sondergruppe ist er nicht und will er nicht sein.“ — Mit dieser Erklärung dürften alle Bedenken, die sich auch in führenden Kreisen der eigenen Partei geltend machen konnten, ausgeräumt sein. Der Verein „Friedrich Naumann“ will im Rahmen der Partei tätig sein und die Parteibestrebungen in jeder Hinsicht unterstützen. Ob die Form des „umfassenden Vereins“, die er als reine Groß-Berliner Parteiorganisation gewährt, die richtige ist, darüber dürfte noch die Entscheidung von den zuständigen Parteinstanzen zu treffen sein.

Ueberflüssigkeiten. Auf dem deutschen nationalen Parteitage in Hannover hat der deutschnationaler Abgeordnete Dr. Ritter die Deutsche Volkspartei für überflüssig erklärt, und Dr. Gelferich bezeichnete die Sozialdemokratie als die überflüssigste Partei. Wir sind der Meinung, daß solche Ausfälle im politischen Kampfe überflüssig sind. Der Politiker hat mit den gegebenen Tatsachen zu rechnen. Wer das so wenig versteht wie die Deutschnationalen, der ist zwar nicht überflüssig, aber er treibt eine Politik, die schädlich wirken muß.

Aus der Luft gegriffen. Die mehrheitssozialistische „Neue Freie Presse“ in Hagen will aus Berlin erfahren haben, daß in der vorigen Woche Verhandlungen zwischen der Persönlichkeit der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei stattgefunden hätten, die eine unverbindliche Fühlungnahme zur Fusion der beiden Parteien zum Ziele hätten sollen. Die Nachricht ist von Anfang bis Ende aus der Luft gegriffen. Solche Verhandlungen haben nicht stattgefunden, und man muß bedauern, daß das Wolffsbureau eine solche Nachricht weitergibt, ohne sich bei den zuständigen Stellen der beiden Parteien zu erkundigen.

Herford u. Minden-Ravensberg

Berspreck-Anschluß der Schriftleitung Nr. 151.

28. Oktober

Ueberarbeit der kaufmännischen Angestellten.

Ein Kaufmann in Auerbach war angeklagt, seine Gehilfen sowie zwei Lehrlinge und ein Lehramädchen fortgesetzt länger als acht Stunden beschäftigt zu haben. Die beiden Lehrlinge besuchten an den Vormittagen gemeinsam die Handelsschule und kamen durch diese Zeitverräumnis dem Geschäft mit ihren Arbeiten in Rückstand. Insbesondere konnte die Geschäftspost bis zur Beendigung der achtstündigen Arbeitszeit nicht mehr ordnungsmäßig erledigt werden, und der Geschäftsherr beschäftigte infolgedessen die beiden Lehrlinge mit deren Einverständnis meistens täglich eine Stunde über die achtstündige Arbeitszeit hinaus. Das Lehramädchen kam morgens und mittags meistens mit Verspätung ins Geschäft, da es ziemlich weit wohnte. Der Handlungsgehilfe, der mehrere Jahre im Felde gewesen und dessen kaufmännische Ausbildung infolgedessen zum Abschluß gekommen war, blieb nach Geschäftsschluß einige Zeit im Kontor zurück, um seine kaufmännischen Kenntnisse auf diese Weise zu vervollständigen.

Der Geschäftsführer hatte wegen Beschäftigung seiner Personals über die achtstündige Arbeitszeit hinaus einen Strafbefehl erhalten, gegen den er Einspruch erhoben und die richtige Entscheidung beantragt. Er erreichte sowohl vor dem Amtsgericht als auch vor dem Landgericht, daß die Berufung der Staatsanwaltschaft sich mit der der Angestellten mußte, kostenlose Freisprechung. Beide Instanzen stellten sich auf den Standpunkt, daß als wirksame Arbeitszeit nur diejenige Zeit angesehen werden könne, die tatsächlich im Geschäft verbracht wird. Wenn also der Lehramädchen durch fortgesetztes Zutritt kommen seine dienstlichen Verpflichtungen nicht erfüllen konnte, so war der Geschäftsführer berechtigt, das Mädchen über die achtstündige Arbeitszeit hinaus zu beschäftigen, um die durch das Zutritt kommen verfallene Arbeitszeit nachholen zu lassen. In gleicher Weise verhält es sich mit den beiden Lehrlingen. Auch hier war der Prinzipal nach Ansicht des Landgerichts berechtigt, die durch den Besuch der Handelsschule verfallene Arbeitszeit nachholen zu lassen.

Das Dresdener Oberlandesgericht hob aber das erstinstanzliche Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an die Vorinstanz zurück, denn die Verordnung über den achtstündigen Arbeitstag ergebe, daß Anfang und Ende der achtstündigen Arbeitszeit zwischen Arbeitgeber und -nehmer vereinbart werden mußten. Auch wenn ein Angestellter zu spät zum Dienst erscheine, dürfe er nicht über die im Arbeitsvertrag festgelegte achtstündige Arbeitszeit hinaus beschäftigt werden. Dasselbe treffe auch auf die die Handelsschule besuchenden Lehrlinge zu.

6. Aus der Deutsch-Demokratischen Partei. In den Zeiten der verhängnisvollen Wirren nach dem verhängnisvollen Herbst des Jahres 1918 war Friedrich Naumann ein Führer und Helfer zu neuen Fernen. Doch bald, leider viel zu früh, verstarb das treue Herz am Glanz des Vaterlandes. Sein Tod erweckte aber den Kreis der Parteifreunde hinaus allenthalben Teilnahme. Als Beweis dafür, daß mit ihm ein Großer dahingegangen, dessen Anschauungen auch in anderen Parteirichtungen Anklang hatten, Naumann sah schon früh ein, daß der politische Kampf letzten Endes nur der Durchsetzung materieller Forderungen gilt, er predigte politisches Wirken als sittliche Pflicht gegen Volk und Vaterland für ihn war es ein Ringen nach Gewinnung einer Lebensform für eine sittliche Erhaltung des Volkes. Als Geistlicher beschäftigte er sich eingehend mit der sozialen Frage und bereits in den 80er Jahren forderte er, daß der Arbeiter nicht mehr Industriearbeiter sondern Industriebürger sein solle. Den Christlich-Sozialen war er sich nicht zu, einmal, weil sie den Standpunkt des patriarchalischen Arbeitsverhältnisses vertraten, andererseits, weil kein Christentum mehr war, als Dogmenglaube, nämlich gelebtes religiöses Gefühl. Neben dem sozialen war der nationale Gedanke der Partei Naumanns Wirken. Das Gedächtnis der Volksgemeinschaft lag ihm am Herzen, er verlangte deshalb als nationaler Politiker die Würdigung des Willens der Masse. Soziales Gefühl kam aber nur auf der Grundlage starken Gemeinschaftsgefühls sich bilden, eins muß das andere ergänzen. Wenn das Gefühl wirksam sein will, so muß es sich selbst Schaden tun. Nationaler und sozialer Gedanke vereinigen sich hier zum Begriffe „Demokratie“, die Hände von Kräften, die das gesamte Volk mit der Führung seiner Geschicke zu betrauen hat, will der große Politiker die Vertiefung der Staatsgeschichte gelegt wissen. Eine konstitutionelle Monarchie wäre das Ideal der Staatsform, wie Naumann es dachte. Man folgte seinen Lehren nicht, sondern sah ihn als Feind der Demokratie an. Wie ganz anders ging es heute mit dem deutschen Volke, hätte man sich der überzeugenden Warnung nicht verschlossen! Die Revolution, die alles, was bis dahin gewesen, zerstörte, zerstörte auch Naumanns Idee von der Staatsform. Der große Mann mußte zum Republikaner werden, das wurde ihm bitter schwer, aber er sah die Gefahren, die der Reichseinheit drohten, und bekannte sich jetzt zu dem Sage: Wer wahre nationale Politik treiben will, kann jetzt nur republikanisch sein. Erst nach der großen Umwälzung, die der verlorenen Krieg im Gefolge hatte, wurde Naumann die Stellung im öffentlichen Leben zuteil, die er seit langen Jahren zustand. Leider sollte sein Wirken nur von kurzer Dauer sein. Der unerwartete Tod rief den größten deutschen Mann ab, der nach Bismarck gelebt hat. Sein Geist aber wird leben und soll unter uns weiterleben, und eine Politik in sozialer und nationalem Sinne wird hoffentlich dereinst unser Volk wieder nachwärts führen. — In diesem Sinne hielt am Dienstagabend im Bürgerverein Herr Parteisekretär Dieckhoff eine Rede, in der er seinen Hörern einen gedankenreichen, von warmer Be-

meistens sozialistische
us Berlin erfuhr
handlungen führen
en Demokratie
en Volkspartei
rbindliche Fühlung
en zum Ziele haben
bis Ende aus
haben nicht statt
as Wolffbureau ein
bei den zuständigen
igen.

avensberg
ung Nr. 151.

28. Oktober
n Angestellten.

angefragt, seine
hemädchen fortge
haben. Die beid
gen gemeinsam
Zeitverhältnis
stand. Insbesondere
igung der achtfün
mäßig erledigt we
infolgedessen die
nis meistens tägl
tätigkeit hinaus.
s meistens mit
weit wohnte.
e im Felde gewese
infolgedessen nicht
nach Geschäftsführ
ine kaufmännische
ndigen.
Beschäftigung sein
tätigkeit hinaus ein
pruch erhob und ge
erreichte sowohl we
undgerichtet, das
sich mit der Sch
ehung. Beide Ze
t, daß als wirkl
t werden könne, da
e. Wenn also die
kommen seine dien
nte, so war der Ge
ber die achtfünf
die durch das
holen zu lassen. In
beiden Zeiträumen
cht des Bandgerich
deischule verläumt

hob aber das
icht als Verurteil
die Sache zur
an die Vorinstanz
achtstundenarbeit
achtstündigen Ar
mer vereinbarung
Angefehter zu
die im Arbeitspla
us beschäftigt we
e Handeschule be

i. In den Zeiten
nissvollen Herbe
in Führer und We
zu früh, zerbrach
in Tod erwachte
alben Teilnahme,
angegangen, dessen
Anfang hatten. Au
Kampf letzten Au
gen gilt, er produ
Volk und Vaterlan
einer Lebensform
stlicher Beschäftig
eits in den 80er Ja
re Industrieunter
lich-Sozialen wande
unt des patriarcha
eits, weil sein Er
gelebes religiö
le Gewanne der
der Volksgemein
nationaler Politik
nationale Politik
des Gefühl kam
sgefühl sich bilde
Beitrag zu sein
mehr gegen den
Nationaler und so
ie Demokratie".
st mit der Füh
Politiker die
konstitutionelle
ie Raumann es
sah ihn als
gehe es heute
nder Warnung
bis dahin gew
der Staatsform
en, das wurde
r Reichsheit dro
der wahre nation
tisch sein. Erst
ieg im Gefolge
leben zuteil. Die
in Wirten nur
den größten
ein Geist aber
tit in sozialer
fer Wolf wieder
Diensttag aber
Diesenthal
en, von warmer

geisterung getragenen Vortrag über Friedrich Naumann und sein Werk". Für den wirklich glänzenden Vortrag wurde dem Redner lebhafter Beifall gezollt.

u. Bodenreform. Im großen Saale des Evang. Vereinshauses sprach gestern Abend hier Hochschulprofessor Dr. jur. Rastner aus Detmold über „Bodenreform — die Forderung des Tages". Herr Professor Mittelmeier eröffnete die recht gut besuchte Versammlung mit einem Hinweis über die Bedeutung der Bodenreform für unser Volk. Prof. Rastner betonte einleitend die große einigende Kraft, die in dem Gedanken der Bodenreform liegt. In allen Lagern unseres parteipolitisch so zerstückelten Volkes finden sich begeisterte Anhänger der Bodenreform, von den Konservativen bis zum äußersten linken Flügel. Immer mehr bricht der Gedanke der Bodenreform sich Bahn. Auf dem Kasseler Parteitag der Mehrheitssozialisten wurde es unter allgemeiner Zustimmung offen ausgesprochen, daß alle Lohnverhältnisse letzten Endes keine Besserung bringen könnten, wenn nicht der Grundgedanke der Bodenreform, die Ruharmachung der Grundrente für die Allgemeinheit, in die Tat umgesetzt würde. An einigen klaren Beispielen aus der Geschichte zeigte der Redner, wie immer wieder die Bodenfrage die Grundlage und den inneren Kern über Sein und Nichtsein eines Volkes gebildet hat. Schon in der Bibel wurde warnend das Wort ausgesprochen: „Ihr sollt das Land nicht verkaufen für immer!" Völker, die sich über diesen uralten Erfahrungssatz hinwegsetzen, sind an der Bodenfrage zu Grunde gegangen. Leider haben wir nichts aus der Geschichte gelernt und sind dazu übergegangen, den Boden wie Ware zu behandeln und mit ihm Handel zu treiben. Gegen diesen so verhängnisvollen Irrtum aber, den Boden unter das Warengesetz zu stellen, wendet sich die Bodenreform. Denn während Ware in beliebiger Menge hergestellt werden kann, während eine erhöhte Nachfrage durch Steigerung der Konkurrenz und Verbesserung der Technik den Warenpreis nur zum Sinken bringt, hat der Boden Monopolcharakter, d. h. keine menschliche Arbeit, keine verbesserte Technik kann ihn beliebig erzeugen oder wesentlich verbessern. Der Boden ist nur in einer bestimmten Menge vorhanden. Es ist daher auch ungerecht und unsozial, wenn, wie es nach unserem heutigen Recht geschieht, die Wertsteigerung des Bodens durch die Arbeit der Allgemeinheit dem Besitzer des Bodens allein zu gute kommt. Große Kulturwerke, wie Anlage von Bahnhöfen, Kanälen, neuen Straßen u. dergl. sind Werke der Allgemeinheit. Darum soll auch die Allgemeinheit den Nutzen an der Wertsteigerung des Bodens haben und nicht der zufällige Besitzer. Der jeweilige Wert des nackten Bodens wird in der Grundrente erfasst. Sie ist der Ertrag, den der Boden ergibt ohne jede Arbeits- oder Kapitalaufwendung des einzelnen Besitzers. Die Erfassung dieser Grundrente als der gerechtesten und am leichtesten fassbaren Steuer bildet den innersten Kern der Bodenreform. Diese Gedanken der Bodenreform sind in die neue Reichsverfassung übernommen worden. Aber die besten Gesetze können nur dann dem Volke Segen bringen, wenn breite Schichten des Volkes selbst an ihnen arbeiten, ihnen Fleisch und Blut geben und sie in die Tat umsetzen. Mit einem Appell an die Anwesenden, an diesem großen Werke tatkräftig zu helfen, schloß Prof. Dr. Rastner seinen interessanten und von großer Wärme getragenen Vortrag. Herr Stadtv. Kolling wies in der Ansprache darauf hin, daß in Herford mit der Gründung von Heimstätten bereits recht erfreuliche Ansätze im Sinne der Bodenreform gemacht worden sind. Herr Architekt Köster brachte tieftraurige Erfahrungen aus der Praxis und gab einige Zahlen aus dem tiefen Kapitel der Wohnungsnot. Recht erkenntlich war der Appell einer jungen Dame aus der Zuhörerschaft, indem sie sich an die frische Jugend wandte und zu einem Zusammenschluß zur Bepflanzung dieser wichtigen Frage aufforderte. So schloß der erste Vortrag über Bodenreform mit Erfolg verheißendem Ausblick. Ein zweiter soll in den nächsten Wochen folgen. Möge auch er der Bodenreform neue Anhänger zuführen.

Landwirtschaftlicher Ortsverein. Unter dem Vorsitz des Vorstehers Hindemann-Eidum nahm der Landwirtschaftliche Ortsverein gestern in sehr zahlreich besuchter Versammlung seine Vereinsarbeit wieder auf. Unter den Eingängen war besonders der Tätigkeitsbericht über die Arbeit des Oberinspektors Müller, der vom Hauptverein als Pfleger der Landw. Ortsvereine angestellt ist, von Bedeutung. Durch Vorträge, Beratungen in Steuer- und anderen Fragen, durch Buchführungskurse usw. hat er das Vereinsleben nicht unwesentlich befruchtet. Nach diesen geschäftlichen Erledigungen berichtete der Vorsitzende über die heutige Lage in der Landwirtschaft. Zunächst gab er seiner Freude über den wenigstens teilweise Lobau der Zwangsversteigerung Ausdruck. Doch die Verhältnisse seien dadurch im großen und ganzen nicht gebessert worden. Stoffe und Lebensmittel seien die wichtigsten Träger des wirtschaftlichen Lebens. Die Erträge zu steigern und die Anbauflächen zu vergrößern sei wichtige Aufgabe für die Landwirtschaft. Die diesjährige Ernte habe in manchen Gegenden und manchen Produkten arg enttäuscht. Die Mißernte in Roggen sei auf den Mangel an Phosphorsäure zurückzuführen. — Auch die Kartoffelernte und noch mehr die Regelung der Kartoffelversorgung lasse sehr zu wünschen übrig. Die Aufhebung der Zwangsversteigerung sei zu spät gekommen und die Ernte infolge der abnormen Witterung nicht so ausgefallen, wie erwartet werden konnte. War schon vor dem Kriege die Versorgung der städtischen Bevölkerung besonders durch den Landwirt mit Kartoffeln nicht möglich, so in diesem Jahre, wo die Produktivität ein Mehr von Kartoffeln erfordert, erst recht nicht. Der Stadtverwaltung könne der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie sich nicht rechtzeitig eingedacht habe. Der Landkreis habe getan, was er konnte. 56 000 Zentner seien für die minderbemittelte Bevölkerung aufgebracht. Die Preise seien den Geschungskosten in etwa angepaßt, wenn sie auch zur Erhöhung der Grundrenten in keinem Verhältnis ständen. Die Fleischpreise seien infolge der Verschiebung der besten Tiere durch gewissenlose Händler in das besetzte Gebiet bedenklich in die Höhe gegangen und wenn dazu die Forderungen des Verbandes durchgeführt werden müßten, so sehe es mit der Fleisch- und Milchversorgung äußerst trübe aus. Dank der geschlossenen Haltung der Landwirtschaft und der Einheit der Landw. Arbeiter sei der vom Landbund geplante Tarifvertrag nicht zur Durchführung gekommen. Gegen die anderweitig geplante Festsetzung des Grundvermögens zur Steuererhebung müsse die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit Stellung nehmen. An diese mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß sich dann eine längere Aussprache, in der die Maßnahmen des Lebensmittelamtes scharf kritisiert wurden. Zum Schluß hielt dann der Landwirtschaftslehrer Landwehr einen Vortrag über „Die Rohstoffe in der Landwirtschaft".

Altertumsverein. Der Vorstand des hiesigen Altertumsvereins trat am 21. d. Mts. unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Basse im Magistratszimmer zu einer Sitzung zusammen. Der Bericht ergab, daß die Zahl der Mitglieder sich auf 225 beläuft, der Kassenbestand 2276,87 Mark beträgt. Folgende Mitglieder bilden den Vorstand: Oberbürgermeister Basse, Vorsitzender, Rektor Normann, Pfleger des Museums, ferner Prof. Böckelmann, Rentner Heinrich Gert, Justizrat Läden, Buchhändler Mendhoff, Pastor Richter und Juwelier Weihe. Da Herr Normann wegen seines hohen Alters nicht in der Lage war, sein Amt zu versehen, hatte seit etwa Jahresfrist Prof. Böckelmann die Obhut des Museums vorläufig übernommen; um die Ordnung des letzteren, namentlich der Bücherei, haben sich Professor Hägele aus Stralsburg und Prokurist Sobel in dankenswerter Weise bemüht. Nach dem Rücktritt des langjährigen Kassenschatlers, Sparkassenbuchhalter Gischer, hat Sparkassenkassendant Wlenbruch die Verwaltung der Kasse freundlichst vorläufig geführt. Zum Kassenschat wurde nunmehr Herr Sobel gewählt und der Vorstand durch folgende Mitglieder ergänzt: Professor Fellingner, Stadtbaumeister Messerschmidt und Admiral Stevers. Es wurde ferner beschlossen, dem Vorstand einen Ausschuss anzuschließen, dessen Aufgabe darin bestehen soll, die Ordnung des Museums weiterzuführen und die heimatische Geschichte zu erforschen. Kleine Beiträge darüber in der Herforder Zeitung und in den übrigen Tagespresse zu veröffentlichen und diese zu sammeln als Fortsetzung und Ergänzung von Normanns Chronik. Der Ausschuss hat das Recht, sich selbstständig zu betätigen und zu ergänzen. Den Vorsitz dieses Ausschusses übernehmen Professor Böckelmann und Pastor Richter; ferner sollen folgende Herren gebeten werden, in den Ausschuss einzutreten, die ebenso wie Pastor Richter um die Geschichte unserer Heimat verdienten: Pfarrer Niemann, Sander und Wöhrmann; außerdem Studienrat Plümer, ferner für die Ordnung des Museums Prof. Hägele und Herr Sobel. Das Museum ist täglich, solange Temperatur und Tageslicht es gestatten, geöffnet. Der Museumswart, Schneidermeister Schierholz, wohnt in dem städtischen Hause in der Brüderstraße dem Gymnasium gegenüber. Das Eintrittsgeld beträgt fortan 50 Pfg., für Schüler 20 Pfg. Sonntags von 11½—1 Uhr ist der Besuch des Museums frei.

Konzertgesellschaft. Der Vorverkauf zum 2. Abonnementskonzert am Mittwoch nächster Woche beginnt am Montag, den 1. November.

Nieder- und Klavier-Abend. Wir weisen nochmals auf den morgen Abend stattfindenden Nieder- und Klavier-Abend Gertrud Bayha-Schröder — Gerard Bunt hin. Das Programm verspricht in jeder Beziehung einen hohen künstlerischen Genuß.

Reuter-Abend. Man schreibt uns: Am 1. November veranstaltet der G. D. A. mit dem bekannten Reuterregistrator L. Sternberg hier selbst in Brinkmanns Theater ein Reuter-Abend, auf welchen wir empfehlend hinweisen.

Vippische Freistaaten.

Die Scheidemannschen Luxusfeste vor Gericht.

Detmold, 27. Okt. Im Juni 1920 tauchte in Lippe nach einer Pferdeauktion auf Kopshorn das Gerücht auf, der Oberbürgermeister Scheidemann zu 50 000 M. laufen lassen. Von Salzfischen aus war denn auch eine dementsprechende Notiz an die Zeitungen gelangt, die auch von verschiedenen Blättern veröffentlicht wurden. Im Schluß des Berichtes war gesagt, daß man aus dieser Lausche sehen könne, was die Revolution dem Scheidemann eingebracht habe. Das sozialdemokratische Organ in Detmold hatte Scheidemann von dieser Notiz in Kenntnis gesetzt, und dieser hatte Strafantrag gegen die genannten Zeitungen wegen Beleidigung gestellt. Als diese die Haltlosigkeit der Behauptungen festgestellt hatten, erfolgte mit dem Ausdruck des Bedauerns eine Berichtigung. In der heutigen Verhandlung vor dem Schöffengericht in Detmold beantragte der Verteidiger der drei Angeklagten, den Oberbürgermeister Scheidemann an Gerichtsstelle darüber zu vernehmen, ob dieser die Pferde auf der Pferdeauktion habe laufen lassen. Das Gericht entsprach diesem Antrage. Die Verhandlung wurde ausgesetzt. Zu dem nächsten Termin soll Oberbürgermeister Scheidemann als Zeuge geladen werden.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

wtb. Frankfurt a. M. Laut Frankfurter Zeitung wurde vom französischen Kriegsgericht in Mainz ein Angehöriger des dritten algerischen Schützenregiments, der während der Besetzung Frankfurts eine Frau zu vergewaltigen versuchte, zu 10 Jahren Zwangsarbeit und Ausstoßung aus dem Heere verurteilt.

wtb. Berlin. Vorgefunden am 27. Oktober in der Laboratorium des Hedwigs-Krankenhaus in Berlin eine schwere Benzineplosion, die dadurch hervorgerufen wurde, daß der Hausmeister mit einem brennenden Streichholz einem Gefäß mit Benzin zu nahe kam. Der Hausmeister und ein im Laboratorium anwesendes Hausmädchen wurden schwer verletzt.

wtb. Berlin. Zu dem Zehlendorfer Eisenbahnunglück wird den Blättern von der Eisenbahndirektion Berlin mitgeteilt, daß ein Versuch des Fahrdienstleiters vorliege, der den Arbeiterzug zu früh vom Bahnhof Zehlendorf-Mitte abgelassen habe. Gegen den beschuldigten Beamten wird von der Staatsanwaltschaft Anzeige erhoben werden.

wtb. Berlin. Die B. Z. meldet, daß gestern Nacht an einer entlegenen Straße in Kiez-Mummelsburg bei Berlin mit Hilfe eines gedungenen Postillons die Beraubung eines Postwagens ausgeführt werden sollte. Der Postillon hatte aber seiner vorgelegten Behörde Mitteilung gemacht. Als der Dieb, ein Schmied Franz Poranski aus Wiershof, mit einer Wertschätzung des Postwagens aufgebracht hatte, sprang ihm ein Kriminalkommissar und ein anderer Beamter mit zwei Postillons aus dem Wageninnern entgegen. Der Dieb bedrohte die Beamten mit der schweren Wertschätzung, wurde aber durch einen Anschlag unschädlich gemacht und verhaftet. Auch die Komplizen Poranski, die an dem Unternehmen teilnahmen, wurden verhaftet.

wtb. Potsdam. Wegen Ermordung und Beraubung der 52-jährigen Krankenpflegerin Agnes Steinberg in Potsdam wurde der 24-jährige Kaufmann Anton Ludwig aus Neustolln vom Potsdamer Schöffengericht zum Tode verurteilt.

wtb. Brandenburg. Ein Großfeuer zerstörte das vierstöckige Lagerhaus der Lederfabrik Spitta u. Söhne. Der Schaden an Fellen und Delen ist erheblich.

wtb. Dresden. Im ersten Prozeß gegen die Holz-Gardisten wurde nach siebenstündiger Verhandlung das Urteil gegen die Mitglieder des Falkenstein Brandkomitees gesprochen. Der Hauptangeklagte, der 30-jährige Bergarbeiter Seidel aus Schelewig, wurde zu 4 Jahren Zuchthaus, sieben weitere Angeklagte zu Zuchthaus von 1 Jahr 6 Monaten bis zu 2 Jahren 9 Monaten verurteilt.

wtb. Stuttgart. Durch ein Großfeuer wurde gestern vormittag der riesige Magazinbau der Neckarsulmer Fahrzeugwerke in Neckarsulm zerstört.

wtb. München. Im Bezirke Offenheim sind 13 Wagonladungen Kartoffeln, die zu verbilligten Preisen für die minderbemittelte Bevölkerung aufgebracht worden waren, auf dem Transport spurlos verschwunden. Sie sind vermutlich über die bayerische Grenze verschoben worden.

Schloßbrüche ohne Ende.

Silberdiebe fahren fort, die Schlösser und Herrensitze der Landgüter in der Provinz heimzusuchen. Sie haften früher besonders in der Provinz Brandenburg und in Mecklenburg. Neuerdings greifen sie gewerbs- und planmäßig die Provinz Pommern ab. Unter den jetzt gemeldeten Einbrüchen dieser Art ist ein Einbruch in das Schloß Rühnow bei Frau von Doetinchem. Hier stahlen sie Silberzeug aller Art, Teefannen, Kuchenkörbe, Löffel, Gabeln. Die Diebstahlsunterstützer, bevor sie das Schloß verließen, das Silberzeug sachgemäß auf seine Echtheit. Alles unechte ließen sie liegen. Weiter wurde eingebrochen bei Herrn von Flemming auf Valentiner und bei Frau von Wedel auf Ranneberg im Kreise Rastenburg. Hier stahlen sie das ganze Tafelsilber für 24 Personen. In Worpommern suchten sie im Bezirk Anklam ein Schloß heim, in dem sie für 90 000 M. Silber stahlen. Hier kommt als Täter ein Monteur Benz aus Anklam in Frage. Das Silberzeug hat für die bestohlenen Familien, abgesehen vom Metallwert, einen hohen Erinnerungswert. Jeder, der über das Aufsuchen solcher Silberfächer etwas erfährt, soll unverzüglich die Kriminalpolizei benachrichtigen.

Wirtschaftsleben.

Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	27. Okt.	26. Okt.	25. Okt.
Amsterdam-Notterdam	2181,80	2192,90	2122,85
Brüssel-Antwerpen	—	—	478,50
Christiania	981,12	988,12	948,05
Kopenhagen	989,00	991,00	957,60
Stockholm	1388,60	1391,40	1348,65
Helsingfors	18,80	169,20	168,80
Oslo	—	—	281,20
London	249,75	250,25	241,12
Newport	78,55 1/2	72,69 1/2	69,30 1/2
Paris	—	—	448,55
Schweiz	—	—	1093,40
Spanien	—	—	973,00
Wien (altst.)	21,97	22,03	21,97
do. (Deutsch-Österreich abget.)	23,69 1/2	23,6 1/2	23,63 1/2
Bagdad	83,90	84,10	83,40
Bahabest	16,73	16,77	16,23

Die Leipziger Tabakmesse. Die Leipziger Frühjahrsmesse 1921 wird zum erstenmal eine besondere Tabakmesse bringen — ein Plan, der schon lange erwogen wurde, aber erst jetzt verwirklicht werden kann, nachdem die das deutsche Tabakgewerbe niederhaltenden Fesseln größtenteils gefallen sind. Der neu zu schaffenden Tabakmesse gibt Leipzig ein eigenes Heim in dem Mekha „Rosmos", Ecke Gottschiedstraße und Ditttrichstraße, also in unmittelbarer Nähe des Messegeländes; trotz hoher Umbaukosten werden die Ausstellerräumen den örtlichen Preisen entsprechen. Das Leipziger Messtheater hat also den Wunsch zahlreicher Aussteller, die bisher ihre Teilnahme an der Messe von einer örtlichen Zusammenfassung der Tabakbranche in einem besonderen Messtempel abhängig machten, erfüllt. Voraussichtlich wird die gesamte deutsche Tabakindustrie nunmehr regelmäßig in Leipzig so gut wie geschlossen vertreten sein, um durch jährlich zweimaligen Besuch der Leipziger Messe unter verhältnismäßig geringen Kosten ihre gesamte, neuerdings bedeutend gewachsene Jahresproduktion an den Mann zu bringen.

Reinhold. Seitdem die Vereinigten Staaten mit alkoholischen Getränken auf dem Trockenen sitzen, hat nach Feststellungen amerikanischer Fachleute der Verbrauch von Tabak und Tabakprodukten in auffallender Weise zugenommen. „Nachdem nun das Land trocken ist", führte lt. Südd. Tabakzeitung der Inhaber einer großen Tabakfabrik aus, „hat sich der Tabakverbrauch sprunghaft gesteigert, so daß es unmöglich ist, alle eingehenden Bestellungen auszuführen. Alle diejenigen, die geglaubt haben, daß mit dem Alkoholverbot auch der Tabakverbrauch zurückgehen würde, haben sich gründlich getäuscht. Die Tabakhändler haben niemals früher derartige Umsätze erzielt, wie jetzt."

Verantwortlicher Redakteur: Friedr. Kuhle; für den Informaten verantwortlich: G. Weese; beide in Herford.

Zucker, 1 Pfund, gelangt in den Geschäften von Dienstag, den 2. November d. Js., ab zum Verkauf. Die nächste Verteilung findet Mitte November statt. Herford, den 27. Oktober 1920.

Lebensmittelamt.

In unser Handelsregister A Nr. 701 ist heute die Firma **Technischer Industriebedarf Walter Siebold in Herford** und als deren Inhaber der Kaufmann Walter Siebold in Herford, Friedhofstraße 10, eingetragen. Herford, den 25. Oktober 1920.

Amtsgericht.

Polizeihund-Verein Herford und Umgegend.

Am Sonntag, den 30. Oktober 1920, nachmittags von 2½ Uhr ab findet bei gutem Wetter auf dem Dressurplatz am Altenjennernweg (Elberdifferstraße, hinter Gastwirt Rüding rechts ab) eine

Polizeihund-Prüfung

statt, wozu die Mitglieder nebst Angehörigen freundlichst eingeladen werden. Freunde und Gönner der Polizeihundfächer können eingeführt werden. Am zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten.

Der Vorsitzende:

Basse, Oberbürgermeister.

Herford, den 26. Oktober 1920.
Heute vormittag 11 Uhr entschlief sanft nach
kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutter,
Schwiegermutter, Großmutter, Urgroßmutter und
Tante, Witwe
Friederike Thies
geb. Wortmann
im Alter von 67 Jahren.
Dies zeigen mit der Bitte um stille Teil-
nahme im Namen der trauernden Hinterbliebenen an:
Friedrich Schnitter & Frau
Marie geb. Thies.
Die Ueberführung der Leiche nach Bünde findet
am 30. d. M., 12 Uhr mittags, vom Trauerhause,
Dettinghauserweg 81, aus statt. Beerdigung dortselbst um
11 1/2 Uhr.

Haus- und Grundbesitzer-Verein.
Donnerstag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr
im Evang. Vereinshaus:
Außerordentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
„Die steuerliche Belastung des Haus- und
Grundbesitzes für Vermieter und Mieter.“
In dieser Versammlung sind die Haus- und Grundbesitzer,
die Mieter und die Mitglieder der hiesigen Innungen ein-
geladen.
Der Vorstand.

Gewerbe-Verein.
Sonntag, den 30. Okt., abends 8 1/2 Uhr
im Evang. Vereinshaus:
Vortrag
„Das Erlebnis des Staates und der
moderne Mensch“
Redner: Herr Professor Kasper, Detmold.

Hotel „Herforder Hof“.
Am Freitag, den 29. Oktober:
**2. großer Sonder-
Operetten-Abend!**
Verstärktes Orchester.
Eintritt frei. Anfang 8 Uhr.

Café Germania.
Täglich erstklassiges
Künstler-Konzert
Anfang 4-7 und 8-11 Uhr.
Besuchen Sie das Konzert, es wird Sie nicht gereuen.

G. D. A.
Montag, den 1. November, abends 8 Uhr
in Brinkmanns Theatersaal:
„Fritz Reuter-Abend“
Vortragskünstler L. Sternberg.
(Freier Gedächtnisvortrag).
Karten im Vorverkauf à M. 2,50 in den Konfitüren-
geschäften Henny Weber, Gehrenberg 14 u. Bahnhof-
strasse 3. An der Abendkasse erhöhte Preise.

Hausfrauen!
verlangen Sie
Hansi-Puddingpulver
in 1/2 Pfd. Packungen. Zu haben in allen einschlä-
gigen Geschäften. Alleinige Hersteller:
Bulk & Siekmann, Herford i. W.

**Kartoffeln, rote und gelbe
Möhren, gelbe und weiße
Stechrüben, Runkeln**
sind in größeren Mengen eingetroffen. Wir bitten,
möglichst an unserem Lager am Kleinbahnhof
abzunehmen.
Gemüse- und Obstmarkt, G. m. b. H.,
Arndtstraße 6. Lager u. Verkaufsst. Kleinbahnhof.

Vin dem Fernsprechnetz unter
Nr. 986 angeschlossen.
Fr. Schaminsky, Produkten-Handlung
Hollandstraße 27.

**Ravensberger
Kunstgemeinde Bielefeld.**
**GRÜNDUNGS-
KONZERT
WIEDERHOLUNG**
Sonntag, 31. Okt., 11 Uhr, im Bielefelder Stadttheater
MITWIRKENDE:
Das auf 80 Künstler verstärkte Städtische Orchester.
DIRIGENT:
Herr Max Cahmbley,
GESANG:
Frau Maria Guntermann-Maier.
SOLO-GEIGE:
Herr Konzertmeister Wilfried Hanke.
VORTRAGS-FOLGE:
1. Ein Heldenleben. Tondichtung für grosses Orchester.
Werk 40 von Richard Strauss.
2. Vorspiel zu „Die Meistersinger von Nürnberg“, von
Richard Wagner.
3. „Ich bin der Welt abhanden gekommen“, Lied für eine
Singsstimme mit Orchesterbegleitung.
4. Cäcilie. Lied für eine Singsstimme mit Orchesterbeglei-
tung. Werk 27,2 von Richard Strauss.
5. Egmontouvertüre. Werk 84 von Ludw. van Beethoven.
Karten im Vorverkauf in Bielefeld im Theater, bei Fischer u. bei der
Volkswehr, 1. Rang u. Loge 8 M., Parkett 6 M., 2. Rang 4 M., Stehpl. 2 M.

Musikverein.
Damen u. Herren 8 Uhr pünktl.

**Landwirtschaftlicher
Winterkurs**
Nur für Landwirte!
Beginn 2. November.
Lehrfächer:
Einfache Buchführung
(Landwirtschaftl. B.)
Dopp. amerik. Buchführung
(Kolonienystem)
Schönschreiben
(Deutsch u. Latein)
Deutsche Rechtschreibung
Landwirtschaftl. Briefwechsel
Landwirtschaftl. und kaufm.
Rechnen
Wechsel- und Scheckverkehr
Steuergeetze.
Uebersichtskarten kostenlos.
Mündl. Rücksprache tägl.
vormittags, auch Sonntags.
Kaufm. Privatschule
Herford, Mindenerstr. 6
Dipl. Kaufm. W. H. Kahlwald,
beid. Buchhalter.

„Schützenhof“.
Täglich
gut geheizte Räume.

Versteigerung.
Freitag, den 29. d. M.
vormittags 10 Uhr werde ich
auf dem Auktionsboden hierseits
1 Pferd Fuchswallach,
öffentlich meistbietend gegen
Barzahlung versteigern.
Falschgrube, Gerichtsbezirk
in Herford, Bielefelderstr. 43.

An- und Verkauf
von gebrauchten Möbeln,
Oefen, Betten, Kleidern,
sowie sämtlichen Gegenständen
vom einfachen und künstlerischen
Bau. Sofortige Abnahme.
Jacob Schmitt, Stifftberg
Straße 1, (Lorenzengang).

Achtung!
Garantiert hoch.
Obst-Kraut
für und kühlend verfr. in
5 Pfd. - Eimern zu 35 Mark
gegen Nachnahme
W. H. Kahlwald,
Berg. Neutkirchen (Rhd.).

Ein gebrauchter, guterhaltener
**Tischlerleim-
ofen**
zu kaufen gesucht. Nach-
fragen unt. Nr. 12291 in der
Geschäftsst. d. Ztg.

Suche zu sofort wegen Ver-
heiratung meines jetzigen,
Mädchen od. Stütze.
Hotel Schierholz,
Enger i. W.

Kontoristin
sucht Beschäftigung für halbe
Tage oder abends.
Angebote unter 12282 an
die Geschäftsst. dieser Zeitung.

**Tüchtige
Mäherinnen**
für Oberhessen, für Heim-
arbeit gesucht.

Sievers & Stadländer
Suche zu sofort für kleinen
Haushalt ein schulentlassenes
Mädchen.
Nachfragen unter 12230 in
der Geschäftsst. d. Zeitung.

Wir suchen eine Anzahl
jugendliche Arbeiter
nicht über 16 Jahren.
Werth & Blumenthal.

Jurist
(nebenamtlich) für Handelsrecht
sogleich gesucht.
Kaufmanns-Privatschule
Abt.: Höhere Handelsklasse
Dipl. Kaufmann
W. H. Kahlwald, Herford,
Mindenerstr. 6. Telefon 651.

**Für Sonntags ein
Klavierspieler**
gesucht. Angebote mit An-
gabe des Honorars unter Nr.
12244 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Ein tüchtiger
**Sattler-
u. Polsterergehilfe**
im Alter von 18-22 Jahren
für sofort gesucht.
Bredenkötter,
Raden i. W.

**Tüchtige
Korbmacher gesellen**
für Stellarbeit stellen sofort ein
Gebr. Walterscheid,
Korbwarenfabrik,
Burgstufent in Westf.

Sonntagabend goldene
Brosche verloren.
Da Andenken. Bitte abzugeben
Elverdifferstr. 42.

Tipografec
(gesetzlich geschützt) ist ein
bewährtes
Blutreinigungs-Mittel.
Viele tausend Dankschreiben vorhanden.
Dieser Tee ist erfolgreich bei Nervenleiden, Rheumatismus,
Augenleiden, Skrofultät, Arterionverkalkung, Hämorrhoiden,
Tuberkulose, Lähmungen und Schlaganfällen.
Ein Paket Mark 5,55, Porto extra, bei 6 Paketen und
darüber portofrei. Nur echt zu beziehen gegen Nachnahme von:
Thüringer Teefabrik Hermann A. Müller
Schmiedefeld, Thür., Kreis Schleusingen.

Strickgarne la.
gute englische Wolle
W. Duhme,
Mindenerstraße 108.

Robrstühle
werden in und außer dem Hause
eingeschnitten, aus Naturholz.
Postkarte genügt.
Peter Illenstr. 5.

Wer seine Obstbäume kunst-
gerecht geschnitten haben
will, wende sich an
Julius Emme,
Kreuzstraße 5.

Ofen
für Fabrikraum kaufen
Gebrüder Heitländer,
Brake i. W.

Suche für Wohnhaus-Neubau
10 000 Mark
auf 2. Hypothek nur vom Selbst-
geber. Angebote unter 12173
an die Geschäftsst. d. Ztg.

**Brauner, kurzhaariger
Jagdhund,**
auf den Namen „Greif“ hörend,
entlaufen. Wiederbringer er-
hält gute Belohnung.
Vor Anlauf wird gewarnt.
Direktor Hoffmann,
Borriesstr. 18.

Zauche
abgegeben.
Rennstraße 50.

Rechtsauskunft
jeden Freitag
von 10-12 1/2 Uhr im Evang.
Vereinshaus, Herford.

**Geschlechts-
krankheiten** jeder Art (Harn-
röhrenleiden, Syphilis, Mannes-
schwäche, Frauenleiden)
werden sich sofort vertrauens-
voll an Spezialarzt
Dr. med. Dammann
Berlin S 69 Potsdamerstr.
123 B. Sprechst. 9-11 u.
2-4, Sonntags 10-11 Uhr.
Beliehende Broschüre mit
tausenden freier Dankschre-
u. Angabe bester Heilmittel
(ohne Quecksilber u. andere
Gifte, ohne Einspritz, ohne
Berührung) gegen 1.- Mk.
direkt in versch. Kaviert
ohne Aufdruck. Leiden ge-
nau angegeben.

Ata
reinigt und scheuert alle Geräte aus
Porzellan, Emaille, Holz, Metall, Glas,
Stein, Marmor usw.
Bestes Scheuerpulver
für Haushalt, Gewerbe und Industrie.
Vorzüglicher Herdputz.
Überall erhältlich.
Henkel u. Cie., Düsseldorf.
Fabrikanten von „Sili“ und
Henkel's Bleich-Soda.

Freitag, den 29. d. Mts., steht wieder ein
Transport bester,
**hochtragender
Rinder**
in meinen Ställen zum Verkauf, welche ich
bestens empfehle und preiswert abgebe.
Jul. Wilh. Spanier, Herford,
Telefon 429. Esgrabenstr. 8.

Mehrere Holzmaler
für dauernde Beschäftigung sucht
Gustav Kopka, Möbelfabrik.

Mehrere tüchtige
Haustischler
gegen guten Akkordlohn für sofort gesucht.
Breder und Kruse,
Möbelfabrik,
Herford - Sundern.

Zur Gründung eines Bankgeschäftes
am hiesigen Platze werden **Kommanditisten** und
ein mit dem Bank-**Teilhaber** mit od. ohne
wesen vertrauter Kapital vom
ortsunkundigen, organisationsfähigen Fachmann gesucht.
Angebote bis Sonntagabend an die Geschäftsstelle
dieser Zeitung unter Nr. 12186.

PELZE
Auch in dieser Saison bieten
meiner wertvollen Kundschaft wie
alljährlich grosse Vorteile beim
Einkauf von Pelzwaren. Reich-
haltige Auswahl in allen modernen Pelz-
Garnituren. Offiziell **pracht-
volle Pelze** schon für 70,
90, 130 Mark und höher.
Schicke Pelzhüte.
Pelzänderungen b. gewissenhafter
Ausnutzung des übergebenen Ma-
terials.
Für Fahrt von auswärts vergütet 10 Mk.
Pelz-Etagengeschäft
H. Büttner, Bielefeld
Bahnhofstrasse 2, 1. Etage, Eingang im Kino.

In einer Stunde vertilgen Sie unter
**Garantie jede
Läuse-Plage**
auch Flöhe samt Brut (Nissen) bei Menschen und Tieren mit
meiner pat. gesch. Mittel „Ecolba“, Wunden u. Haaren unbeden-
klich. Verkauf: **Frl. Schlemmer, Herford, Radewigstr. 33.**

1000 Mark Belohnung!
In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend
ist mir aus meiner Weide ein braunes
Hengstfohlen
mit langem Schweif, ungeschorener Mähne, ge-
stohlen worden. Besondere Kennzeichen: an
beiden Hinterfüßen etwas weiß, der eine durch
Sprung im Strid wundgeschneuert. Ich sichere
demjenigen, der mir den Verbleib des Fohlen
nachweisen kann, sodass ich wieder in Besitz des
Tieres gelange, obige Belohnung zu.
G. Meier, Blotho a. Weser.